



Inhalt

Politikverhinderung	Seite 1
Gewissensnöte	Seite 1
Olsen-Bande	Seite 1
Zensur?	Seite 1
Interview	Seiten 2+3
Kyritz-Ruppiner Heide	Seite 4

Aufgespiesst

Gewissensnöte

Ob sein Gewissen den Parlamentarischen Geschäftsführer der SPD-Fraktion Wolfgang Klein ruhig schlafen lässt? Er wollte nämlich eigentlich schon letztes Jahr gegen das „Bombodrom“ stimmen, sagt er. Er hat sich aber nicht getraut. Er musste nämlich Rücksicht auf den Koalitionspartner CDU nehmen. Sagt er.

Seltsam. In Artikel 56 der Verfassung des Landes Brandenburg heißt es im ersten Absatz: „Die Abgeordneten sind Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden. Niemand darf einen Abgeordneten zwingen, gegen sein Gewissen oder seine Überzeugung zu handeln.“

Ist es die Überzeugung des Volksvertreters Wolfgang Klein, er müsse auf einen Koalitionspartner - und damit den Machterhalt der eigenen Partei - Rücksicht nehmen, statt nach bestem Wissen und Gewissen für das von ihm vertretene Volk zu handeln?

Anscheinend nicht, denn heute entschuldigt er sich für sein damaliges Fehlverhalten. Hoffentlich hat er jetzt sein Gewissen beruhigt.

Was haben die brandenburgische Landesregierung und die Olsen-Bande gemeinsam?

Beide haben immer einen Plan.

Bei beiden geht es immer (mindestens) um Millionen.

Und bei beiden geht es immer in die Hose.

Geschäftsordnung statt Zukunft

Eisiges Schweigen bei Regierung und PDS zur wirtschaftlichen und sozialen Lage Brandenburgs

Die Landesregierung und die großen Landtagsfraktionen verweigerten sich am 1. April im Landtag Brandenburg der Debatte über die wirtschaftliche und soziale Lage Brandenburgs angesichts der demographischen Entwicklung. Dieses Thema war von der DVU über eine Aktuelle Stunde auf die Tagesordnung gebracht worden.

Die Landesregierung verzichtete ganz auf einen Redebeitrag, weil, wie die DVU-Fraktionsvorsitzende Liane Hesselbarth anmerkte, „ihr ohnehin nichts zu diesem Thema einfällt als heiße Luft“.

Die Sprecher von SPD/CDU und PDS ereiferten sich darüber, dass die DVU sich nicht an ihre „ungeschriebenen Gesetze“ zur Politikverhinderung hält und deswegen nicht abwartet, bis die Landesregie-

run von sich aus über die demographische Entwicklung sprechen will. So versuchten sie zu verschleiern, dass sie keine Antworten auf die drängenden Zukunftsfragen Brandenburgs haben.

„Wenn die Landesregierung heute nichts zur seit langem absehbaren wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung Brandenburgs zu sagen hat,“ so die 41jährige Strausbergerin Hesselbarth, „dann wird sie auch in der nächsten Landtagssitzung nichts von sich geben können als die üblichen Luftblasen.“

Abwanderung und Überalterung sind sowohl Folgen als auch Ursachen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in unserem Land. Wir wollen diese Abwärts-spirale stoppen.“

rbb lässt Landtag links liegen

Potsdam – Die DVU-Landtagsfraktion kritisiert die Parlamentsberichterstattung des neugeschaffenen Rundfunk Berlin-Brandenburg.

Leider ist es kein Aprilscherz: Am 1. April 2004 begann der rbb mit der angekündigten Reduzierung seiner Berichterstattung aus dem Landtag Brandenburg.

Bisher übertrug der rbb jeweils die ersten Stunden der Landtagssitzungen bis zur Mittagspause live. So hatten die interessierten Bürger die Möglichkeit, mindestens die Fragestunden und die Aktuellen Stunden des brandenburgischen Parlaments ungeschnitten und unzensiert mitzuerleben.

Seit heute gibt es keine ungeschnittenen und unzensierten Live-Übertragungen der Parlamentssitzungen mehr.

Stattdessen zeigen Journalisten aufgezeichnete Ausschnitte von ausgewählten Redebeiträgen, dies aber immerhin „live“ aus dem Landtag. Zusätzlich gibt es „Gesprächsrunden“ mit von den Journa-

listen ausgewählten Parlamentariern. Gleich bei der ersten Gesprächsrunde wurde auf Vertreter der demokratischen Opposition im Landtag Brandenburg verzichtet.

Ein öffentlich-rechtlicher Rundfunk hat einen Informationsauftrag gegenüber den Bürgern und Gebührenzahlern. Diesem Auftrag wird der rbb spätestens seit dem 1. April 2004 in keiner Weise mehr gerecht.

„Es tritt genau das ein, wovor wir gewarnt haben“, erläutert der Parlamentarische DVU-Fraktionsgeschäftsführer Sigmar-Peter Schuldt, „nachdem die kleineren Fraktionen aus dem Rundfunkrat gekegelt wurden, verschwinden sie jetzt aus der Berichterstattung. Mit objektiver Berichterstattung hat das nichts mehr zu tun – der Manipulation sind hier Tür und Tor geöffnet.“

Das aktuelle Interview

(Das folgende Interview wurde nach der Sitzung der DVU-Fraktion am 30. März 2004 gehalten.)

Herr Claus, die DVU lehnt die Änderung des Brandenburgischen Naturschutzgesetzes ab?

Allerdings, denn dieses Gesetz ist halbherzig und unvollständig. Statt den Gesetzesdschungel zu lichten und das Kompetenzwirrwar zu entflechten, soll alles noch komplizierter gemacht werden.



Birgit Fechner Mdl

Das entsprechende Bundesgesetz ist schon scharf genug - Brandenburg will da noch einen drauf setzen. Das lehnen wir ab.

Und das neue Waldgesetz ...

... findet auch nicht unsere Zustimmung, ganz genau. Den privaten Waldbesitzern sollen weitere Kosten aufgebürdet werden, die besonders für die vielen Besitzer kleinerer Waldflächen untragbar sind.

Frau Hesselbarth, stimmen sie denn wenigstens der Änderung des Gesetzes über die Investitionsbank des Landes Brandenburg zu?

Hier hätten wir dem ursprünglichen Gesetzentwurf der Landesregierung gerne zugestimmt. Das Gesetz musste an EU-Richtlinien angepasst werden, da müssen wir durch.

Doch leider drückten SPD und CDU eine Ergänzung durch, die wir für untragbar halten. Wenn *das* Gesetz wird, dann wird jede Fördermaßnahme der ILB ewig auf

eine Genehmigung durch den Landtag warten, wenn sie im zuständigen Ausschuss nicht gleich ganz zerredet wird. Eine solche Entwicklungsbremse kann sich gerade Brandenburg nicht leisten.

„Todesstrafe für Kinderschänder“, ist das nicht eine etwas heftige Forderung, Frau Hesselbarth?

Ich bin selber Mutter und muss Ihnen sagen, dass ich diese Forderung für nur zu berechtigt halte.

Doch geht es am Donnerstag im Landtag nicht um eine Forderung, sondern um die Frage an die Landesregierung, ob sie die entsprechenden Konsequenzen aus dem schrecklichen Fall mit dem schweren sexuellen Mißbrauch eines 16 Monate alten Kindes durch einen Polizisten zieht.

Aber das ist doch eine alte DVU-Forderung?

Ja, selbstverständlich treten wir in der DVU und auch wir als Fraktion für bessere Gesetze und härtere Strafen ein und halten auch die Todesstrafe für eine Möglichkeit, die man nicht von vornherein ausschließen sollte. Doch handelt es sich dabei um eine Verfassungsfrage auf Bundesebene, für die der brandenburgische Landtag nicht unbedingt die geeignete Stelle ist.

Frau Fechner, Anfang März lehnten sie einen PDS-Antrag zur Änderung des Schulgesetzes ab ...

... und am Donnerstag bringen wir selber einen ein, stimmt.

Der PDS-Antrag war fachlich unsauber gearbeitet und hätte im Bildungsausschuss des Landtages erheblich verändert werden müssen. Diese Möglichkeit hat die Landtagsmehrheit nicht eingeräumt, so dass ein neuer Antrag nötig wurde.

Was soll mit ihrem Antrag erreicht werden?



Markus Nonninger Mdl

Der Paragraph 112 des Brandenburgischen Schulgesetzes soll umfassend geändert werden, damit die Kosten der Schülerbeförderung nicht bei den Eltern hängenbleiben. Letztes Jahr hatte sich die Landesregierung hier aus ihrer verfassungsmäßigen Verantwortung gestohlen, um Geld zu sparen. Wir wollen verhindern, dass ausgerechnet die Eltern hierfür die Zeche zahlen müssen.

Zwar haben die DVU-Abgeordneten in den Kreistagen schon mit dafür gesorgt,



Sigmar-Peter Schuldt Mdl

Impressum

„National-Freiheitliche **Fraktions-Nachrichten** aus dem Landtag Brandenburg“ (begründet als „Fraktions-Nachrichten aus dem Landtag Brandenburg“) wird als Informationsschrift für die Bürger Brandenburgs von der Fraktion der DEUTSCHEN VOLKSUNION (DVU) im Landtag Brandenburg herausgegeben.

Verantwortlich im Sinne des Presserechts ist Liane Hesselbarth Mdl bzw. der namentlich zeichnende Autor für seinen jeweiligen Beitrag.

Erscheinungsweise: nach Bedarf

Anschrift:

Am Havelblick 8, 14473 Potsdam,
Tel.: 0331 966 16 01, Fax.: 0331 966 16 02,
Info@dvu-fraktion-brandenburg.de

dass die Landkreise die Kosten nicht auf die Eltern abwälzen, aber wir wollen auch die Kreise nicht damit allein lassen.

Herr Schuldt, Sie waren am 27. März bei der großen Kundgebung gegen den geplanten Bundeswehr-Übungsplatz bei Wittstock?

Ja, ich habe mir das Propagandaspektakel angesehen. Es hat mich in meiner Ansicht gestärkt, mich im Landtag für die Wiederinbetriebnahme des Truppenübungsplatzes auszusprechen.

Ist das für eine populistische Partei wie die DVU nicht etwas gewagt?

Populismus heißt für mich, den Willen des Volkes auszusprechen und zu vertreten. Diese „Kundgebung“ erzeugte in mir aber eher den Eindruck, als wäre sie finanziert von Leuten, die nach der Wende für billi-



Michael Claus Mdl

ges Geld Truppenübungsplatzrand-Grundstücke erworben haben, deren Wert erheblich steigen wird, wenn in der Kyritz-Ruppiner Heide kein Truppenübungsplatz gebaut wird. Das gilt sicherlich nicht für alle, die sich dagegen einsetzen, eher nur für eine kleine Minderheit. Doch es bewirkt bei mir, dass ich diesen Bürgerprotest differenzierter betrachte.

Und zu welchem Schluß kommen Sie?

Die Forderungen, diese schöne Region militärfrei zu halten und touristisch zu nutzen, halte ich für fatal. Mit ähnlichen und teilweise geradezu dummen Argumenten wird an vielen Stellen gegen echte wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land geredet. Sollen wir in ein paar Jahren alle in unserer von Industrie und Arbeitsplätzen unberührten Natur in Bastrockchen herumlaufen und für die Touri-

sten tanzen? Das kann es ja wohl nicht sein.

Herr Nonninger, die PDS fordert, die Hochschulplanung in Brandenburg zu überarbeiten?

Eine bloße Überarbeitung wird da nicht reichen - hier muß schon eine radikale Umkehr her.

Was meinen Sie konkret?

Beispielsweise gibt Brandenburg gerade 2,3 % des Landesetats für die Hochschulen aus, bei steigenden Studentenzahlen. In anderen Bundesländern, die keine neuen Universitäten bauen müssen, liegen die Anteile über acht Prozent und sogar im zweistelligen Bereich.

Wenn die Hochschulen zum Standort- und zum Zukunftsfaktor werden sollen, muss Brandenburg hier richtig investieren.

Am 1. Mai wird die Europäische Union um mehrere Staaten erweitert, hauptsächlich aus Osteuropa. Das ist Thema im Landtag?

Ja. Allerdings werden die Kollegen der anderen Fraktionen vermutlich nur wieder von den vielen Vorteilen und den Chancen erzählen. Brandenburg steht vor dramatischen Folgen für die Wirtschaft, den Arbeitsmarkt und für den sozialen Frieden. Das wird wieder nicht thematisiert werden.

Dabei fürchten mittlerweile knapp 90 % der Bevölkerung zusätzliche Konkurrenz um Arbeitsplätze und fast 60 % sehen zukünftige Einbußen am Lebensstandard auf sich zukommen. Aber die Damen und Herren „Volksvertreter“ faseln lieber von „Völkerfreundschaft“.

Frau Fechner, wie stehen Sie zur Änderung des Krankenhausgesetzes?

Wir werden dem in erster Lesung zustimmen. Anscheinend hat hier die Landesregierung tatsächlich die Absicht, Kommunen finanziell zu entlasten - das werden wir unterstützen. Da die meisten Gemeinden Unternehmen gegründet haben, welche ihre kommunalen Krankenhäuser betreiben, ist es nur konsequent, die Investitionsverpflichtungen aus dem Krankenhausgesetz von den Kommunen auf die Unternehmen zu übertragen oder dies zumindest zu ermöglichen.

Herr Claus, Sie hatten angedeutet, Sie würden auch den Änderungen im Brandenburgischen Polizeigesetz zustimmen?

Korrekt. Der umfassende Schutz der Bürgerinnen und Bürger ist ein Kernanliegen der DVU. Mit den vorgeschlagenen Änderungen erhält die Polizei bessere Möglichkeiten, die Bürgerinnen und Bürgern zu schützen. Wir haben nur einige kleinere Änderungswünsche, doch das sind vergleichsweise Kleinigkeiten, die an unserer Gesamtzustimmung nichts ändern.

Frau Hesselbarth, sie planen eine Änderung des Eigenheimzulagengesetzes?

Soziale Gerechtigkeit muss her.

Dazu soll unser Änderungsvorschlag dienen. Er ist eine direkte Reaktion auf die unserer Meinung nach absolut ungerech-



Liane Hesselbarth Mdl

te Novelle des Eigenheimzulagengesetzes, wie sie nach einer Entwurfsvorlage der Bundesregierung schließlich von der rot-grünen Bundestagsmehrheit beschlossen wurde.

Nach unserer Meinung sollte künftig – ähnlich wie bis zur Einführung der Eigenheimzulage ab dem Veranlagungszeitraum 1996 – auf einen jährlichen Gesamtbetrag der Einkünfte von 60.000,00 € für den Anspruchsberechtigten bzw. von 120.000,00 € bei zusammen veranlagten Ehegatten abgestellt werden, wobei hiermit noch stärker der Personenkreis mit geringeren Einkommen angesprochen und die aktuelle Haushaltsslage berücksichtigt wird.

Ich danke Ihnen für dieses Gespräch und wünsche Ihnen viel Kraft und Ausdauer für die beiden vor Ihnen liegenden Plenartage.

Vorankündigung:

5.9.1999 - 5.9.2004

DAS JUBILÄUM

Am Sonntag, dem 5. September 2004, jährt sich zum fünften Mal der Tag, an dem die erste Fraktion der Deutschen Volksunion in den Landtag Brandenburg gewählt wurde.

Wir werden diesen Tag mit einer öffentlichen Feier begehen, zu der wir Sie schon jetzt herzlich einladen.

Kein Bombodrom

Entgegen Medienberichten sind nicht alle Landtagsfraktionen gegen die Wiederinbetriebnahme des Truppenübungsplatzes Kyritz-Ruppiner Heide.

Im Wahljahr 2004 sind sie alle umgefallen. Wenige Monate vor der Landtagswahl sind SPD und CDU gegen die Nutzung des Truppenübungsplatzes Kyritz-Ruppiner Heide als Luft-Boden-Schießplatz der Bundeswehr. Damit machen sie eine Kehrtwende um 180 Grad.

Die PDS ist schon lange dagegen. Und zwar mit einer Vehemenz, dass die Genossen sich wohl noch gut erinnern können, wie ihre sozialistischen Brüder vor 1990 auf eben diesem Gelände agiert haben.

Umweltschutz, Lärmschutz oder Rücksicht auf die Anwohner waren für die sowjetischen Besatzungstruppen Fremdworte. Und die Genossen von der SED sorgten dafür, dass niemand dagegen aufmuckte.

Aber sie wissen noch sehr gut, was die Bürger damals besonders störte. Deswe-

gen fällt es ihnen heute als PDS so leicht, die Propaganda gegen die Bundeswehreinrichtung zu bestimmen.

Es gibt kein „Bombodrom“ und niemand will eines einrichten. Die „Bomben“, die in der Kyritz-Ruppiner Heide gelegentlich abgeworfen werden könnten, sind Attrappen. Dort soll das Zielen geübt werden und nicht das lautstarke Sprengen. *Die Bezeichnung „Bombodrom“ ist pure Greuelpropaganda.*

Die Abgeordneten der Deutschen Volksunion fallen nicht darauf herein.

Sie stimmten am 31. März geschlossen sowohl *gegen* den CDU-SPD-Antrag als auch *gegen* einen gleichgerichteten der PDS und nahmen damit, gemeinsam mit zwei einsamen aufrechten CDU-Abgeordneten, Stellung *für* den Luft-Boden-Schießplatz der Bundeswehr in der Kyritz-Ruppiner Heide.

„Wenn Verteidigungsminister Struck seine Versprechungen über die neue Garnison und die damit verbundenen wirtschaftlichen Impulse für die Region einhält“, so der Parlamentarische Fraktionsgeschäftsführer Sigmar-Peter Schuldt, „dann sollte dieser traditionsreiche Übungsplatz wieder in Betrieb genommen werden. Wenn die Bundeswehr Deutschland verteidigen soll, dann muss sie auch in Deutschland üben dürfen.“

Der Groß Kreuzer Schuldt kritisierte, dass die großen Landtagsparteien offensichtlich aus rein wahltaktischen Gründen „umgefallen“ seien, obwohl sich an den Fakten nichts geändert hat. „Eine neue Garnison kann der Region eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung bringen – und die braucht sie dringendst.“

Die ersten 600 Soldaten für die Garnison in Wittstock wurden am gleichen Tag bei Strausberg stationiert.

Informationsgutschein

- Ich möchte zu Veranstaltungen der DVU-Fraktion eingeladen werden.*
- Bitte übersenden Sie mir Informationsmaterial.*
- Ich möchte die Fraktionsnachrichten regelmäßig kostenlos erhalten.*

Name

Vorname

Straße

PLZ

Ort

Bitte abtrennen und ausgefüllt einsenden an: DVU-Fraktion, Am Havelblick 8, 14473 Potsdam